

»Der Mythos der Freiwilligkeit«

Öffentliche Kulturförderung als demokratische Notwendigkeit

Dieter Rossmeißl

Öffentliche Debatten über Kulturpolitik sind immer in Gefahr, einen trügerischen Eindruck zu erwecken. Fast jeder hat dasselbe Anliegen wie alle anderen auch: Kultur ist wichtig und soll öffentlich gefördert werden. So entsteht der falsche Schein, die Bedeutung von Kultur und ihrer Förderung sei selbstverständliches Allgemeingut. Die Wirklichkeit freilich ist völlig anders. Noch nie hat die Rede eines Ministerpräsidenten oder Oberbürgermeisters bei einem Kulturereignis, mit dem er sich selbst schmückt, die zugehörigen Einrichtungen nachhaltig vor Kürzungen bewahrt. Noch nie hat das Argument wirtschaftlichen Nutzens andere als die Kulturpolitiker überzeugt – selbst dann, wenn es nachweislich richtig ist. Nirgends zeigt sich die Initiativwirkung öffentlicher Gelder so deutlich wie im Denkmalschutz, und dennoch muss der zuständige bayerische Minister derzeit auf Gelder aus der Landesstiftung zurückgreifen, um die geschrumpften Staatsmittel für den Entschädigungsfonds zu komplettieren.

Im Bereich der Kulturförderung kommt noch eine besondere Variante der wohlwollenden Ablehnung hinzu. Sie lautet in etwa: »Kulturförderung aus öffentlichen Kassen ist schön, wenn man dafür Geld übrig hat; notwendig ist sie jedoch nicht. Wer sich anstrengt, wird immer Sponsoren finden, die das Sahnehäubchen finanzieren.«

Bei manchen Politikern ist diese Auffassung eine fast ebenso gesicherte Überzeugung geworden wie früher die allgemein gültige Erkenntnis, dass die Erde eine Scheibe sei. Bei näherem Hinsehen erweisen sich beide freilich als gleichermaßen verfehlt – und als politisch gefährlich zudem.

Sponsoren – schön, wenn es sie gibt

Kein Zweifel: Sponsoring ist in der gesamten Kulturförderung zum Standardbegriff und zur blanken Notwendigkeit geworden. Auch wenn die von der Kultur betonte Gegenleistung durch Präsenz des Firmenna-

mens, Incentiveleistungen und den Imagegewinn des Sponsors für diesen nicht immer finanziell nachrechenbar ist, hat sich Sponsoring doch soweit entwickelt, dass öffentliche Kultur ohne diese privatwirtschaftlichen Mittel in der vorhandenen Form längst nicht mehr haltbar wäre. Die ursprünglichen Befürchtungen von Künstlern wie Kulturpolitikern, die Sponsoren könnten ihr Geld zum Druckmittel auf Inhalte machen, haben sich nicht bestätigt, und längst haben beide Seiten die Vorteile der Partnerschaft erkannt. Alles bestens also?

Die ursprünglichen Befürchtungen von Künstlern wie Kulturpolitikern, die Sponsoren könnten ihr Geld zum Druckmittel auf Inhalte machen, haben sich nicht bestätigt, und längst haben beide Seiten die Vorteile der Partnerschaft erkannt.

Wer sich in der Praxis der Kulturfinanzierung umsieht, erkennt rasch die engen Grenzen dieser haushaltsschonenden, aber eben nur scheinbaren Idylle: Für eine Sonderausstellung im Stadtmuseum, für eine Operngala oder ein attraktives Sommerfestival ist es tat-

sächlich meist leicht, Gelder in der Wirtschaft aufzutreiben. Allerdings zeigt sich schon da, dass die lokalen Quellen rasch erschöpft sind, weil jedem, der auf Schatzsuche geht, immer dieselben »üblichen Verdächtigen« einfallen – nicht aus Mangel an Phantasie, sondern weil es einfach nicht mehr gibt. Überregionale Sponsoren und Stiftungen aus dem Umfeld der Wirtschaft helfen dann oft weiter – aber um solche Quellen »anzuzapfen« ist eine gewisse Mindestgröße und -bedeutung der Veranstaltung unerlässlich.

Aber was nützt die Operngala, wenn das Theaterhaus marode ist? Was nützt das Festival, wenn den Vereinen, die daran mitwirken, das Geld zum Überleben fehlt? Was nützt die große Ausstellung, wenn die Kultur in den Stadtteilen verhungert?

Nur in den allerseltensten Fällen sind Sponsorgelder für laufende Ausgaben zu bekommen, für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur, für das also, was man nicht sofort in breiter Öffentlichkeit wahrnimmt. Und das ist nicht einmal ein Vorwurf an die Wirtschaft, denn hier fehlt ja genau die effektive Gegenleistung, die Sponsoring ausmacht.

Dr. Dieter Rossmeißl ist Referent für den Bereich Kultur, Jugend und Freizeit der Stadt Erlangen.



Einfach gesagt: Sponsoring nützt denen nichts, für die es keine Sponsoren gibt. Und: Sponsoren finanzieren fast nie das »Ganze«. Wer Sponsorengelder nicht zur Qualitätsverbesserung oder für ein besonderes Highlight einsetzt, wer statt dessen ein Event oder gar eine Einrichtung existenziell davon abhängig macht, dass es aus der Wirtschaft finanziert wird, kann das Projekt in der Regel gleich begraben.

Schon diese pragmatische Erfahrung zeigt, dass öffentliche Gelder notwendig sind, wenn Kultur möglich werden soll. Aber sie betrifft – so wesentlich sie für die Finanzierung von Kultur ist – nur ein Randproblem. Tatsächlich ist die Frage nach der Förderung von Kultur die Frage nach dem Kern kommunaler Selbstverwaltung und der qualitativen Ausgestaltung lokaler Demokratie.

Kultur als Pflichtaufgabe

Haushaltsrechtlich scheint die Lage eindeutig: Kultur ist eine »freiwillige Leistung« der Kommune. In Zeiten knappen Geldes – und diese Zeiten sind immer! – steht Kultur deshalb prinzipiell in der politischen Diskussion immer und immer wieder zur Disposition.

Verfassungsrechtlich sieht dies alles ganz anders aus: Art. 3 der Bayerischen Verfassung beispielweise formuliert als Staatsziel: »Bayern ist ein Kulturstaat«. Und Art. 140 bezeichnet die Förderung von Kunst und Wissenschaft als gemeinsame Aufgabe von Staat und Gemeinden. Nahezu alle deutschen Länderverfassungen enthalten ähnliche Regelungen. Freilich erhebt sich im Hinblick auf die regierende CSU-Politik in Bayern die Frage, was denn nun das oberste Staatsziel ist: die Kultur zu fördern oder die Nettoneuverschuldung auf Null zu drücken? Die Antwort ist geeignet, das hehre Staatsziel zur Farce zu degradieren.

Kultur als Verfassungsauftrag von Staat und Gemeinden erhält international noch eine höhere Fundierung: In der von der UNO am 10. 12. 1948 verabschiedeten Erklärung der Menschenrechte heißt es in Art. 27 (1): »Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzunehmen«.

Kultur als *Verfassungspflicht* und Kulturteilhabe als *Menschenrecht* – das sollte denen, die Kultur als finanzielle Dispositionsmasse zu betrachten geneigt sind, immerhin zu denken geben!

Freilich, die Einwände kommen sofort: Der häufigste lautet: »Das können Private viel besser.« Natürlich ist Kultur nicht nur im Staat, sondern auch in der Gesellschaft und ihren Organisationen verankert. Dennoch halte ich es für wichtig festzustellen: Der Staatsauftrag zur Förderung von Kultur ist auch ein Finanzierungsauftrag!

Das zweite Argument lautet: »Wir haben doch jede Menge Kultur – eher zuviel davon!« Zu diesem Argument neigen manchmal auch Kulturschaffende selbst, wenn sie vor wenig gefüllten Veranstaltungs-



räumen stehen und den Parallelangeboten die Schuld daran geben. Die Wahrnehmung von Kultur in einer Stadt steht – gerade bei den Engagierten – immer in der Gefahr der Parzellierung: Der Künstler, Veranstalter oder auch Nutzer sieht nur noch *sein* Interesse, *sein* »Thema«, *seine* künstlerische Schrebergartenparzelle. Das Bild der Stadt aber wird geprägt von der Kultur-Landschaft. Diese entsteht in der Wahrnehmung aller erst durch den Blick über den eigenen Gartenzaun. Eine Landschaft, auch eine Kulturlandschaft braucht die Vielfalt, die diesen Blick lohnt. Monokulturen sind hier wie in der Landwirtschaft nicht nur langweilig, sondern auch langfristig verhängnisvoll.

»Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit«, wird Karl Valentin immer zitiert. Hermann Glaser, Nürnbergs früherer Kulturreferent, vergleicht Kunst mit Rosen im Garten: Beide brauchen Pflege – und Kulturförderung ist diese Pflege. Oft ist dabei die vielgescholtene »Gießkanne« die schonendste Form der Pflege. Wer gern den Vorwurf allzu beliebiger und zu breit gefächerter Kultursubvention erhebt, dem sollte diese Metapher zu denken geben. Und sie lässt sich weiter spinnen: Auch wenn manche meinen, zur Pflege des Kunst-Rasens müsse doch der Rasenmäher genügen, so sei doch der gärtnerische Hinweis angebracht, dass Rasen nur dann auch auf längere Sicht nicht zur Brache verkommt, wenn immer wieder neu nachgesät wird, wenn immer wieder neue Impulse und Ressourcen eingebracht werden. Der unterschiedliche Samen führt dann auch zu unterschiedlichen Blumen, zu einer bunten und nur in ihrer Buntheit schönen Wiese, die nur so Abwechslung bietet, Spannung erzeugen und Interesse wecken kann »Lasst 1000 Blumen blühen« – nicht um alle Blumen zu pflücken, sondern weil erst ihre Vielfalt die Wiese ausmacht.

Der Wunsch nach Vielfalt schließt Steuerung durch die kommunalen Kulturämter und Kulturdezernate nicht aus; er verlangt sie sogar. Mag die Wildwiese auch schön sein, hätten etliche Blumen in ihr doch keine Chance. So haben wir uns etwa in

Die Fotos von Jürgen Hohmuth (außer S. 40) sind entnommen dem Bildband: *Abbruch, Umbruch, Aufbruch. Regionale Baukultur in Brandenburg*, hrsg. von Kulturland Brandenburg e.V., Potsdam, Leipzig: Koehler & Amelang 2006. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber.

Erlangen entschlossen, neben die allgemeine Kulturförderung, die auf Antrag und gegen Verwendungsnachweis Gelder für Vereine, Künstler und deren Aktivitäten ausreicht, eine »aktive Kulturförderung« zu setzen.

Kulturförderung im »dualen« Förderverständnis

Die eigene kulturelle Aktivität der Stadt und ihrer Kulturverwaltung ist zu begründen, scheint sie doch der Demokratieforderung zu widersprechen. Bei Kontroversen um strittige Projekte taucht immer wieder der Vorwurf auf, hier setzten sich Kulturdezernent und Oberbürgermeister über den Willen der Bürger hinweg. Ich halte es deshalb für unabdingbar, festzustellen: Kunst ist nicht demokratisch, weil über sie abgestimmt wird, sondern weil die, die über ihre Rahmenbedingungen entscheiden, demokratisch legitimiert sind und demokratischer Kontrolle unterliegen. In den Großstädten reflektiert die politische Wahl der Dezernenten und die Befristung ihrer Amtszeit diese Doppelfunktion von Legitimation und Kontrolle.

Kultur ist aber auch einzige Bastion gegen die völlige »Verbetriebswirtschaftlichung« des gesamten politischen Denkens.

In Erlangen hat das Kulturamt in Abstimmung mit dem Dezernat und der Politik vor einigen Jahren einen Teil der traditionellen Kulturförderung »einbehalten« und ihn als Basis für eine thematische Ausschreibung genutzt. Es wird dabei von der Prämisse ausgegangen, dass Fördermittel nicht nur auf Antrag gewährt werden (*reaktives Verfahren*), sondern die Stadt auch eigene Impulse setzen oder besondere Förderschwerpunkte ausloben soll, um hernach die Interessierten entsprechend zu bezuschussen (*aktives Verfahren*).

Aufgrund dieses »dualen« Förderverständnisses ergibt sich eine Neupositionierung der Kulturförderung, die damit Chancen zu neuen Entwicklungen, Aktionen und Veranstaltungen eröffnen kann. Da diese Konzeptionsänderung im Jahr 2003 nicht mit einer Budgeterhöhung einherging, war ein behutsames Umschichten der Mittel nötig. Hilfreich war es, dass dafür bereits im Vorfeld ein Konsens auch mit den kulturpolitischen Sprechern der Fraktionen hergestellt werden konnte.

Beispiel 1: Sonderzuschuss temporäre Kunst im öffentlichen Raum

Der Bereich Kunst im öffentlichen Raum soll durch die gezielte Förderung von Kunstprojekten und -aktionen eine Aufwertung erfahren, da dieser Bereich im Erlanger Kulturleben als defizitär betrachtet wird. So lobten die Kulturförderung und der Arbeitskreis Bildende Kunst 2005 gemeinsam einen Sonderzuschuss »Temporäre Kunstprojekte auf dem

Martin-Luther-Platz« aus, um Künstlerinnen und Künstlern die zeitlich befristete Präsentation ihrer Objekte im öffentlichen Raum zu ermöglichen.

Durch dieses Projekt sollten

- Menschen mit Kunst konfrontiert werden, die sich eher weniger für Kunst interessieren und die traditionellen Orte der Kunst wie Galerien und Museen nicht aufsuchen,
- eine Belebung des Platzes durch Kunstobjekte erreicht werden,
- Künstlerinnen und Künstlern eine zusätzliche Möglichkeit geboten werden, sich der Öffentlichkeit vorzustellen.

Insgesamt beteiligten sich 16 Künstler und Künstlergruppen mit 29 Projektvorschlägen an der Ausschreibung. Schlussendlich wurden zwei Projekte ausgewählt und im Sommer 2005 realisiert. Die Ausschreibung dieses Sonderzuschusses soll im Jahr 2007 und dann zunächst zweijährlich wiederholt werden.

Beispiel 2: Förderung von Jugendkultur

Während die Jugendkultur früher in der Erlanger Kulturförderung weitgehend unberücksichtigt blieb, erfährt sie seit 2003 eine verstärkte Unterstützung. Gerade in diesem Bereich spielt eine aktive Förderpraxis eine wichtige Rolle, da Jugendliche kaum Zuschussanträge an ein Kulturamt stellen.

Zur Förderung der Rock-/Popmusik wird seit 2004 ein »Publikumsförderpreis« im Rahmen des Erlanger Newcomerfestivals ausgelobt. Mit der Entscheidung durch das Publikum nimmt er bewusst eine Sonderstellung gegenüber den durch eine Jury vergebenen regulären Preisen ein, die über Sponsoren finanziert werden. Der Publikumsförderpreis wird jedoch nicht in Form von Bargeld ausgezahlt. Stattdessen gewinnt die Siegerband einen mehrtägigen Aufenthalt in Erlangens schwedischer Partnerstadt Eskilstuna einschließlich eines Auftritts dort. Im Gegenzug schickt Eskilstuna ihre Gewinner des dortigen Band-Contests nach Erlangen. So soll mit relativ geringen Gesamtkosten dem Förderaspekt durch die Art des Mitteleinsatzes besonderes Gewicht verliehen werden.

Kulturförderung als Stadtentwicklung

Bei der Förderung von Kultur geht es keineswegs nur um die Bedürfnisse der Kultur, sondern um die Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Stadt. Die Vielfalt kultureller Angebote ist geradezu Definiensmerkmal von Urbanität. Die Entwicklung der Stadt und ihrer urbanen Qualität ist originäre kommunale Aufgabe. Kultur spielt dabei eine herausragende Rolle:

- Kultur ist Standortpflege (ein ökonomischer Begriff also), die Unternehmen anlockt und bindet und damit nachweisliche und spürbare Wirkung für die Sicherung von Arbeitsplätzen hat. (Traditionelle Standortfaktoren wie die Verkehrsanbindung oder das Angebot an Schulen spielen dagegen zumindest für die Großstädte kaum noch eine Rolle.)
- Kultur ist imageprägend nach außen und identitätsstiftend nach innen. Nur wenn Städte eine eigene Identität entwickeln, mit der sie sich von anderen Städten unterscheiden, wird auch die Identifikation der Bürger mit »ihrer« Stadt möglich sein. Diese ist Voraussetzung dafür, dass Bürger auch bereit und willens sind, sich für »ihre« Stadt zu engagieren. Bürgerengagement gibt es nicht zum Nulltarif; es muss durch die Stadt und ihre Attraktivität erworben werden.
- Kultur produziert Lebensqualität, ein Ambiente, in dem man gerne lebt und in das man – als Neubürger oder als Neuunternehmen – gerne geht.
- Kultur ist aber auch – und darauf lege ich angesichts der vielen und wichtigen ökonomischen Funktionen von Kultur besonderen Wert – einzige Bastion gegen die völlige »Verbetriebswirtschaftlichung« des gesamten politischen Denkens.

Betriebswirtschaftlich gesehen bedeutet Kultur freilich zunächst Kosten. Eine Beschränkung auf diese Sicht aber ist nicht Ausdruck von Realitätssinn, sondern Folge geistiger Verarmung. Die immer wieder wiederholte Klage über die Kosten von Kultur ist angesichts der unzweifelhaft vorhandenen Finanznöte der Kommunen zwar verständlich, aber so hochgradig verengt, dass sie letztlich falsch ist: Falsch, weil Kultur mit durchschnittlich vier bis fünf Prozentpunkten Anteil an den städtischen Haushalten ohnehin nicht geeignet ist, deren gravierende Probleme zu lösen. Und zudem prägen die Resultate dieser vier Prozent das Bild unserer Städte mehr als jede andere Investition.

Unrichtig ist der Ansatz aber auch, weil wir trotz aller Finanzprobleme in keiner Wirtschaftskatastrophe leben. Wir haben allerdings einen Geldmangel im öffentlichen Sektor. Die Diskussion über Notwendigkeit, Umfang und Verwendung des Staatsanteils am gesellschaftlichen Vermögen hat gerade wieder begonnen. Und das ist gut so.

Eine *volkswirtschaftliche* Betrachtung fällt ohnehin anders aus: Der Sekundärnutzen von Kultur ist in vielen Untersuchungen beschrieben und begründet: Die Einkaufsstadt braucht den kulturellen Fokus, die lebenswerte Stadt ist nicht nur Erlebnisraum für Bürger, sondern auch Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitnehmer, und wie wichtig die Einwohnerzahl und deren progressive Entwicklung für die Städte ist, muss hier nicht im einzelnen erläutert werden.

Aber Kultur hat außer dem ökonomischen auch eigenen Sekundärnutzen: Kultur mobilisiert – kör-



perlich wie geistig. Unsere Bevölkerung wird immer älter. Aber wie erleben wir dieses Alter? Sitzen wir im Wohnzimmer und konsumieren das Fernsehen als Sedativum am Abend, das wir mit Aufputzmitteln zur Wiederbelebung am Morgen konterkarieren? Oder bewegen wir uns zur Kultur hin, zu kulturellen Veranstaltungen, zur geistigen Mobilisierung, die die Auseinandersetzung mit Kultur immer bedeutet?!

Wichtiger noch als der ökonomische Nutzen ist für die Stadt die *kommunalpolitische Bedeutung der Kultur*: Die traditionelle Kernaufgabe von Städten ist die Daseinsvorsorge. Darunter verstand man ursprünglich die Zurverfügungstellung von Brot, Bier und Wasser. Später kam die Versorgung mit Strom, Wärme, verkehrlicher Infrastruktur und Sozialem hinzu. Vieles davon ist mittlerweile weggebrochen: die Stadtbäckereien und die städtischen Kornhäuser ebenso wie die Stadtbrauereien, ohne dass die Menschen in den Städten deshalb Mangel leiden. Angesichts der Entwicklung auf dem Weltmarkt und in der EU wird wohl künftig kaum noch etwas aus dem klassischen Bereich der Daseinsvorsorge als kommunales Monopol übrigbleiben. Der Strommarkt ist bereits liberalisiert, Verkehrsleistungen müssen europaweit ausgeschrieben werden; nur eine »Liberalisierung« der Wasserversorgung hoffen wir auch künftig zu vermeiden. Straßenbau und Abwässerkanäle allein begründen aber nicht die Notwendigkeit eines eigenen *politischen* Gremiums auf kommunaler Ebene und füllen nicht den *Verfassungsauftrag einer kommunalen Selbstverwaltung*.

Der Trend ist eindeutig: Das »Kerngeschäft« kommunaler Daseinsvorsorge wird sich in zunehmendem Maße sich auf die Bereiche Soziales und Kultur konzentrieren. Angesichts der staatlichen Regeldichte bleibt den Kommunen im Sozialbereich weitgehend nur eine ausführende Funktion; gestaltend können sie allein noch im Kulturbereich tätig sein. Kultur ist damit nicht nur als »Lebensmittel« Nachfolger in der Funktion kommunaler Daseinsvorsorge, sondern auch Kernbereich kommunalpolitischer Gestaltung.

Der Begriff »Freiwillige Leistung« ist deshalb auch aus einem Missverständnis zu lösen: Freiwillig ist Kultur deshalb, weil es sich um eine von staatlichen Vorgaben weitgehend regelfreie Leistung der Kommunen handelt, um den einzigen Bereich, in dem die Kommunen einen freien Gestaltungsrahmen haben, in dem der Staat nicht als Regulator, sondern allenfalls als produktive Konkurrenz auftritt. Da alleine in der Kultur die Bedingungen nahezu ausschließlich vor Ort entwickelt werden, definiert sich Kultur in der Stadtpolitik als zentraler demokratischer Raum, als Kernbereich lokaler Demokratie. Alle Stadträte leisten bei ihrem Amtsantritt den Eid, »die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung zu wahren«. In Konsequenz des oben Ausgeführten,

verpflichtet sie dieser Eid zur Weiterentwicklung, zur Gestaltung von Kultur als Kernelement zur Gestaltung von Stadt.

Fazit: Kultur ist freiwillige Leistung, weil sie frei nach dem Willen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden kann.

Kultur und ihre Förderung ist Pflichtaufgabe, weil sie als prägender Faktor von Staat und Stadt Verfassungsgebot ist. Dazu genügt es nicht, dass sie existiert, sondern dass sie gestalterische Fähigkeiten und Breiten entwickelt, dass sie Teilhabe als Menschenrecht ermöglicht. Und: *Kultur ist Existenzbedingung einer Gesellschaft.*

Kulturförderung ist damit Investition in die Lebensqualität wie in die Zukunftsfähigkeit einer Stadt.



15. bis 17. Dezember 2006



Provinz als Lebensmodell Kulturarbeit und Kulturpolitik im ländlichen Raum

Bildungszentrum Schloss Eichholz /Wesseling

Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der **Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.**

Provinz – ein schillernder Begriff für äußerst heterogene räumliche, wirtschaftliche, soziale und eben auch kulturelle Lebensbedingungen. Der ländliche Raum ist längst befreit vom Klischee des Rückständigen, aber ständig in der Diskussion um die Realisierung nicht gleicher, aber immerhin gleichwertiger Lebensqualität. Dieser Begriff ist ohne Kultur schwer zu definieren. Den besonderen Anforderungen und Ausprägungen von Kulturarbeit und Kulturförderung im ländlichen Raum ist dieses Seminar gewidmet.

Freitag, 15. Dezember

bis 16.30 Uhr Anreise der Teilnehmer
 16.30–18.00 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**
Ursula Gründler, Konrad-Adenauer-Stiftung
Bernd Wagner, Kulturpolitische Gesellschaft
**Perspektiven ländlicher Entwicklung
 Potentiale und Kooperationen auf dem
 Lande**
Prof. Dr. Dieter Kramer, a.o. Professor für
 Europäische Ethnologie in Wien, Dörscheid
Dr. Markus Morr, Presse- und Kulturreferent
 des Landkreises Marburg-Biedenkopf
 18.00 Uhr Abendessen
 19.00–22.00 Uhr **Fortsetzung des Themas und Diskussion**

Moderation: *Dr. Iris Jana Magdowski*,
 Vizepräsidentin der Kulturpolitischen
 Gesellschaft
 Mittagessen

12.15 Uhr
 14.00–15:30 Uhr **Kulturkonzepte für den ländlichen Raum
 am Beispiel des Kreises Steinfurt**
Eleonore Worm, Kulturmanagerin des Kreises
 Kaffeepause
 15.30 Uhr
 16.00–17.30 Uhr **Kulturelle Planungen in ländlichen
 Räumen: Die Kunst, Prozesse in Gang zu
 setzen**
Dr. Markus Morr
 Abendessen
 18.00 Uhr
 19.00 – 20:30 Uhr **Kulturelle Grundversorgung und kulturelle
 Selbstversorgung. Lebensqualität durch
 Breitenkultur und Bürgerengagement**

Landrat Dr. Volkram Gebel, Kreis Plön,
 Vorsitzender des Kulturausschusses des
 Deutschen Landkreistages

Samstag, 16. Dezember

08.00–09.00 Uhr Frühstück
 9.00–10.30 Uhr **Kultur im Wechselspiel zwischen Ober-
 zentrum und Region**
Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL,
 Direktor der Akademie Franz-Hitze-Haus,
 Münster, Sachverständiger in der Enquete-
 Kommission »Kultur in Deutschland«
 Kaffeepause
 10.30 Uhr
 10.45–12.15 Uhr **Kulturpolitik für den ländlichen Raum
 Konzepte und Strategien**
Diskussion mit Gitta Connemann, MdB,
 Vorsitzende der Enquetekommission
 »Kultur in Deutschland«

Sonntag, 17. Dezember

08.00–09.00 Uhr Frühstück
 09.00–10.30 Uhr **Kulturelle Bildung in der Fläche**
 Flächenland Niedersachsen/Beispiele aus
 der Arbeit der Landesvereinigung Kulturelle
 Jugendbildung in Niedersachsen
 Kaffeepause
 10.30 Uhr
 10.45–12.15 Uhr **Fortsetzung von Vortrag und Diskussion**
 12.00 Uhr Mittagessen, danach Abreise

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Organisation: Margit Ramackers • Veranstaltungsmanagement • Hauptabteilung Politische Bildung • Urfelder Str. 221 • 50389
 Wesseling / Schloss Eichholz • T 02236-707-4225 • F 02236-707-54225 •
 margit.ramackers@kas.de • www.kas.de